

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Steuergerechtigkeit stärken — globale Mindestbesteuerung konsequent umsetzen und ungerechte Ausnahmen bei großen Erbschaften abschaffen**

Antragstext

1 Steuergerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen
2 Zusammenhalt, wirtschaftliche Fairness und die Akzeptanz unseres Steuersystems.
3 Wer viel hat, soll auch einen fairen Beitrag leisten – für gute Bildung,
4 verlässliche Infrastruktur, soziale Sicherheit und den ökologischen Umbau
5 unserer Wirtschaft. Internationale Großkonzerne und extrem hohe Erbschaften
6 dürfen sich nicht dauerhaft der fairen Besteuerung entziehen.

7
8 Die globale Steuerpolitik ist durch den Rückzug der Trump Administration aus dem
9 OECD Abkommen zur globalen Mindestbesteuerung von multinationalen Konzernen und
10 den Drohungen gegen Staaten mit Digitalsteuern unter Druck gekommen. Auch in der
11 Europäischen Union mehren sich Stimmen, die einen Rückzug aus internationalen
12 Abkommen für richtig halten. Wir stellen uns dem entgegen!
13 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland müssen in der OECD, den
14 Vereinten Nationen und G20 mehr Verantwortung übernehmen. Wir Grüne wollen eine
15 globale Steuerpolitik, die wirtschaftliche Fairness schafft und demokratische
16 Teilhabe sichert.

17 Um Steuergerechtigkeit national wie international zu stärken und steuerliche
18 Schlupflöcher zu schließen, fordern wir die Bundesregierung auf, sich für
19 folgende Maßnahmen einzusetzen:

20 **1. Globale Mindestbesteuerung umsetzen und weiterentwickeln**

23 Die Einführung der globalen Mindeststeuer von 15 Prozent für multinationale
24 Konzerne mit einem Jahresumsatz über 750 Mio. Euro ist ein wichtiger
25 Fortschritt. Sie markiert einen Wendepunkt hin zu mehr Fairness im
26 internationalen Steuerwettbewerb. Entscheidend ist jetzt, dass die Regelungen
27 wirken – und nicht durch neue Ausnahmen oder Schlupflöcher unterlaufen werden.
28

29 Um die Wirksamkeit dieser Regelung zu sichern, fordern wir:

- 30 • **Konsequente Nachversteuerung:** Gewinne, die in Ländern mit einem effektiven
31 Steuersatz unter 15 Prozent erzielt werden, müssen im Ursprungsland
32 automatisch nachversteuert werden („Top-up Tax“ bzw. Income Inclusion
33 Rule). Damit wird verhindert, dass Unternehmen Gewinne in Steueroasen
34 verschieben.
- 35 • **Transparenz durch Country-by-Country Reporting:** Große Unternehmensgruppen
36 sollen verpflichtet werden, länderspezifisch offenzulegen, wo und in
37 welcher Höhe sie Gewinne erzielen und Steuern zahlen. Nur wer Transparenz
38 schafft, kann Vertrauen zurückgewinnen.
- 39 • **Internationale Weiterentwicklung:** Die Bundesregierung soll sich in
40 internationalen Gremien für eine Ausweitung der Mindestbesteuerung auf
41 weitere Steuerarten und Unternehmensgrößen einsetzen, um faire
42 Wettbewerbsbedingungen weltweit zu schaffen.

43 → Eine konsequente globale Mindestbesteuerung sorgt für mehr Fairness zwischen
44 Staaten, schützt den Mittelstand vor unfairem Steuerdumping und stärkt die
45 finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte – weltweit.
46

47 2. Die Verhandlungen der UN für eine Globale Steuerkonvention unterstützen

48 Seit 2 Jahren wird auf Beschluss der UN-Vollversammlung eine globale Steuer-
49 Konvention vorbereitet. **Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass Deutschland**
50 **sich bei den Verhandlungen zur Vorbereitung der UN-Steuerkonvention konstruktiv**
51 **einbringt und das Bremserhaus verlässt. Dabei geht es insbesondere um:**

- 52 • Eine weltweit einheitliche progressive Mindestbesteuerung von
53 Multimillionären
- 54 • Die Festlegung der Besteuerungsrechte von internationalen Konzernen nach
55 dem Standort der Wertschöpfung und des Umsatzes. Heute erfolgt die
56 Besteuerung oft in Steueroasen, wo der Gewinn ausgewiesen wird, aber weder
57 produziert noch verkauft wird oder sie erfolgt am Firmensitz des MNE.

58 **2. Steuergerechtigkeit bei sehr großen Erbschaften herstellen**

59 Große Vermögen dürfen nicht dauerhaft steuerlich privilegiert bleiben. Es ist
60 weder sozial gerecht noch ökonomisch sinnvoll, wenn große Vermögen von
61 Generation zu Generation nahezu unversteuert weitergegeben werden, während
62 Arbeitseinkommen voll besteuert werden. Eine gerechte Erbschafts- und
63 Schenkungssteuer ist ein Beitrag zu Chancengleichheit und
64 Generationengerechtigkeit – sie schützt den Zusammenhalt und stärkt die
65 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daher fordern wir eine **Reform der Erbschafts-**
66 **und Schenkungsteuer**, die gerechte Besteuerung sichert, aber zugleich
67 mittelständische Unternehmen und Arbeitsplätze schützt.

68 Folgende Punkte sollten Teil der notwendigen Reformdiskussionen sein:

- 70 • **Erhöhung der Freibeträge zur Entlastung kleiner und mittlerer Schenkungen
71 und Erbschaften:**
72 Die derzeitigen Freibeträge der Erbschafts- und Schenkungssteuer sollten
73 an die allgemeine Preis- und Immobilienwertentwicklung angepasst werden,
74 damit durchschnittliche Schenkungen und Erbschaften – etwa
75 Einfamilienhäuser in städtischen Lagen – nicht zunehmend in die
76 Steuerpflicht geraten, was der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers
77 widerspricht. Eine Erhöhung der Freibeträge schützt das Familienvermögen
78 vor ungerechter Besteuerung.
- 79 • **Abschaffung der Verschonungsregelungen für extrem hohe Erbschaften:**
80 Bei Erbschaften über sehr hohen Werten (z. B. über 26 Mio. Euro) sind
81 Ausnahmen nicht mehr zu rechtfertigen – insbesondere für sehr hohe
82 Betriebsvermögen, umfangreiche Immobilienportfolios und Aktienpakete.
83 Steuerfreiheit darf nicht zur Frage der Vermögenshöhe werden.
- 84 • Die Schaffung eines EU-Vermögensregisters um Transparenz für hohe
85 Vermögenswerte zu schaffen und um Steuervermeidung, wie Geldwäsche den
86 Kampf anzusagen.
- 87 • **Schutz von Arbeitsplätzen durch Stundungsregelungen:**
88 Für Firmenerbeninnen und -erben sollten großzügige Raten- oder
89 Stundungsmodelle möglich bleiben, damit Steuerzahlungen nicht zu
90 Liquiditätsproblemen führen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der
91 Einführung von Stundungsmöglichkeiten digitale und verwaltungsarme
92 Verfahren gewählt werden, die weder die betreffenden Unternehmen noch die
93 Finanzverwaltung überlasten.

94 So schaffen wir Erbschafts- und Schenkungssteuer, die fair ist, kleine und
95 mittlere Unternehmen schützt und zugleich die übermäßige Konzentration von
96 Vermögen begrenzt. Dabei ist zu beachten, dass eine Reform der Erbschaft- und
97 Schenkungssteuer für den Staat mindestens einkommensneutral ist.

98

99 3. Einführung einer EU Digitalsteuer

100

101 Die großen Tech Konzerne machen in der Europäischen Union Milliardengewinne und
102 zahlen gleichzeitig viel zu wenig Steuern. Wir wollen, dass die großen Tech
103 Konzerne in der gesamten Europäischen Union fair besteuert werden. Deshalb
104 setzen wir uns für eine EU Digitalsteuer ein. Wir fordern die EU Kommission dazu
105 auf dementsprechend Vorschläge zu unterbreiten und sich an der Seite der Staaten
106 zu stellen, die durch US Präsident Trump unter Druck geraten ihre Digitalsteuern
107 abzuschaffen.